Es wird sich zeigen, ob die preußische Justizbehörde den Prozeß gegen die Moabiter von Anbeginn an mit dem Verdacht tendenziöser Voreingenommenheit zu belasten gewillt ist. Es scheint, als sollten die Polizeitaten von Moabit durch preußische Justiztaten herrliche Fortsetzung finden.

Reichstagsrechte.

In der Justizkommission entspann sich am Donnerstag von neuem eine Debatte über die Rechte des Reichstages. In erster Lesung wurde in einem neu eingefügten § 106a bestimmt, daß in den Geschäftsräumen einer gesetzgebenden Körperschaft Haussuchungen oder Beschlagnahmen nur unter Zustimmung des Vorsitzenden dieser Körperschaft vorgenommen werden dürfen. Der Staatssekretär Lisco erklärte wieder, daß die Aufrechterhaltung dieses Beschlusses die Strafprozeßreform für die verbündeten Regierungen unannehmbar machen würde. Trotzdem stimmten 16 Mitglieder der Kommission für die Beibehaltung dieses Beschlusses, dagegen stimmten nur die Konservativen und — Nationalliberalen, die auf „Anregung" der Regierung die Streichung des neuen § 106a beantragten, ferner ein Antisemit.

Dagegen lehnte die Kommission alle von unseren Genossen gestellten Anträge ab, durch die die dehnbaren und gefährlichen Bestimmungen über die Untersuchungshaft aus Fluchtverdachts- oder Kollusionsgründen wesentlich eingeschränkt und verbessert werden sollten. — Beim § 116 wurde, entgegen dem Beschluß erster Lesung, das Beweisrecht der verhafteten Verdächtigen wieder wesentlich eingeschränkt.

Ein Klagegeschrei aus dem Dunklen.

In Köln hat sich der preußische Kultusminister v. Trott zu Solz aus Anlaß einer Museumseinweihung rednerisch entladen. Zwischen Fisch und Braten äußerte er:

„Solche Tage, wie die heutigen, die einen Lichtpunkt in unserer schnellebigen, kritisierenden Zeit bedeuten, haben wir nötig wie das öffentliche Leben gar zu sehr unter dem Zeichen der Kritik steht. Auch Kritik brauchen wir; ohne sie ist ein gesunder Fortschritt nicht denkbar. Kritik aber im Uebermaß an allem und jedem zerstört, trübt den Blick erschlafft, raubt die Kräfte; dagegen sollten wir uns wehren mit aller Macht, wenn wir den hohen Kulturaufgaben des deutschen Volkes gerecht werden wollen. Gegenüber diesen hohen Aufgaben muß der Streit des Tages als klein erscheinen. Lassen wir uns von unseren hohen Aufgaben nicht abdrängen."

Daß sich ein preußischer Kultusminister, die Verkörperung engherzigster Rückwärtserei, jammernd über „Kritik im Uebermaß" beschwert, kann nicht überraschen. Als erwählter Handlanger eines Himmelsinstruments erwartet er wahrscheinlich, daß alle Taten preußischer Minister als Offenbarungen göttlichen Willens mit verzückter Verehrung schweigend hingenommen werden. Er hat nur vergessen, daß er selbst und seine reaktionären Helfer mit Eifer dafür sorgen, daß es keinen Tag an Stoff zu schärfster Kritik fehle.

Reichsländische und preußische Interessen.

Der Nat.-Ztg. zufolge sind neue Schwierigkeiten in den Verhandlungen über den elsaß-lothringischen Verfassungsentwurf im Staatsministerium durch den Einspruch des preußischen Finanzministers hervorgerufen worden. Dr. Lentze bezeichnete die durch den Entwurf vorgesehene Verleihung der vollständigen Selbstverwaltung Elsaß-Lothringens auf steuerlichem Gebiete als den Interessen Preußens zuwiderlaufend und befürchtet von der Selbstverwaltung Elsaß-Lothringens eine Steuergesetzgebung im antipreußischen Sinne. Trotzdem hat sich — wie das Blatt weiter berichtet — das Staatsministerium in seiner Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, den Reichslanden das vollständige steuerliche Selbstverfügungsrecht zu gewähren, „da Beschränkungen in dieser Hinsicht in den Reichslanden den heftigsten Widerspruch hervorrufen würden und mit der versprochenen Selbstverwaltung auf innerpolitischem Gebiete nicht in Einklang zu bringen wären".

Rückständigkeiten.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft führte die Debatte über die Reformbedürftigkeit der hamburgischen Verwaltung am Mittwoch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den alten Parteien auf der einen, und den vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten auf der anderen Seite, namentlich über die Nichtzulassung von Mitgliedern der beiden letzten Parteien zu den Deputationen. Schließlich wurde einstimmig ein Antrag der Rechten angenommen, eine Kommission, bestehend aus vier Mitgliedern des Senats und acht Mitgliedern der Bürgerschaft einzusetzen zur Prüfung der Frage, wie durch eine Reform der Verwaltung der Staatshaushaltsetat entlastet werden könnte, und den Staat um seine Zustimmung zur Einsetzung dieser Kommission zu ersuchen.

Die badische Regierung auf Schnapsblock Wegen.

Zu der Maßregelung des nationalliberalen Oberamtmanns Arnsperger erläßt die badische Regierung in der Karlsruher Zeitung folgende Erklärung:

„Die badische Regierung war und ist der Ansicht, daß bei den nächsten Reichstagswahlen zur Verhütung eines weiteren Anwachsens der sozialdemokratischen Vertretung ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien dringend erwünscht ist. Oberamtmann Arnsperger hat in einer politischen Versammlung Stellung gegen diese Anschauung genommen, indem er ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Konservativen für absehbare Zeit als ausgeschlossen bezeichnete und nach Hinweis auf die Tätigkeit einiger evangelischer Geistlichen im Landbezirk Karlsruhe mit der Aufforderung geschlossen hatte, keinesfalls mit Geistlichen und Junkern zusammenzugehen. Im Landbezirk Karlsruhe sind aber die Konservativen sehr zahlreich und bilden ein staatserhaltendes Element von besonderer Bedeutung. Unter diesen Umständen hat die Regierung ein Verbleiben des Oberamtmanns Arnsperger in diesem Bezirk nicht für tunlich erachtet und hat seine Versetzung in einen anderen Bezirk herbeigeführt. Eine Strafversetzung liegt weder in beamtenrechtlichem Sinne, noch in tatsächlicher Beziehung vor. Die Entschließung der badischen Regierung beruht auch nicht auf einem Wechsel ihrer Anschauungen, noch weniger auf Berliner Einflüssen."

Die Kundgebung der Regierung richtet sich gegen die Sozialdemokratie des Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal, der zurzeit durch den Sozialdemokraten Adolf Geck vertreten ist. Diesen Wahlkreis will man unter allen Umständen der Sozialdemokratie entreißen; daher auch die Begünstigung der Konservativen, die übrigens in diesem Wahlkreise nicht die Bedeutung haben, die ihnen die Regierung zuschreibt.

Zentrumshetze gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband.

Die bayrische Zentrumspresse hat ein Kesseltreiben gegen die bayrische Staatsregierung inszeniert, um ein Verbot des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes zu erzielen. Zu allgemeiner Ueberraschung erhob jedoch plötzlich ein ultramontanes Blatt warnend seine Stimme, um die übrigen Zentrumsblätter zur Vernunft zu bringen. Es war das Bayrische Vaterland, das erklärte, das Zentrum werde bei der ganzen Geschichte höchstens eine gründliche Blamage ernten. Die Getroffenen quittierten diesen Hieb mit der Behauptung. — — den Vaterland-Artikel habe der bayrische Verkehrsminister geschrieben. Das Bayrische Vaterland erklärte darauf, das sei eine freie Erfindung.

Nun beschäftigt sich dieses klerikale Blatt in einem weiteren Artikel mit dem ultramontanen Feldzug. Es bezeichnet die Forderung der Auflösung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes als „eine bedenkliche Aufforderung zur Ungesetzlichkeit, dessen zweischneidige Folgen die sogenannten unpolitischen Zentrumsorganisationen bald am eigenen Leibe schmerzlich empfinden" würden. Das Blatt erinnerte daran, daß sich heute noch Staatsbehörden in Oberschlesien herausnehmen dürften, Lehrer und Beamte, besonders Eisenbahnbeamte, zu maßregeln, nicht etwa, weil sie sozialdemokratisch, sondern weil sie nach der Zentrumsliste gewählt haben. Uebrigens scheine man vergessen zu haben, daß es „in Bayern einen Verwaltungsgerichtshof gibt, der dem Proteste der aufgelösten Gewerkschaft süddeutscher Eisenbahner, der seinen Statuten nach mit demselben Rechte als unpolitischer Verein gilt, wie z. B. die katholischen Volks-, Presse- und Bauernvereine usw., Folge geben müßte. Das wissen die maßgebenden Herren im Verkehrsministerium zu gut und deshalb müssen sie vorsichtig sein, einen Arbeiter auf Grund der bloßen Zugehörigkeit zum Süddeutschen Eisenbahnerverband zu maßregeln. Der Verwaltungsgerichtshof könnte formell juristisch nicht anders als das Vorgehen des Ministeriums gegen einen unpolitischen Gewerkschaftler desavouieren. Einer solchen Blamage darf und kann aber ein Ministerium im Interesse der Staatsautorität sich nicht aussetzen. Auch ein Minister nach dem Herzen des Zentrums würde ein so gefährliches und zweifelhaftes Experiment kaum wagen dürfen".

Daß solche Erwägungen die Leute, die das klerikale Haberfeldtreiben inszeniert haben, zur Besinnung bringen werden, ist vorläufig nicht anzunehmen. Das wird wohl erst geschehen, wenn sie merken, daß eine gewaltsame Unterdrückung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes sehr unangenehme persönliche Folgen für gewisse christliche Führer haben würde.

Bösartige Soldatenmißhandlungen.

Vor dem Kriegsgerichte in Schleswig kamen zahlreiche Fälle von Soldatenmißhandlungen zur Aburteilung. Die Mißhandlungen sind mit solcher Brutalität geübt worden, daß entgegen der sonst üblichen milden Praxis der Kriegsgerichte keinem der Angeklagten „mildernde Umstände" zugebilligt werden konnten. Sergeant Füllgraf von der 1. Schwadron des Husarenregiments Nr. 16 wurde, wie der Hamb. Korr. meldet wegen Mißhandlung Untergebener in 55 Fällen, vorschriftswidriger Behandlung in 10 Fällen und Mißbrauchs der Dienstgewalt in einem Falle zu 3 Monaten 2 Wochen Gefängnis und Degradation verurteilt. Außerdem wurde er sofort festgenommen, weil sich in der Verhandlung herausstellte, daß er versucht hatte, zwei Zeugen, Husaren, zum Meineid zu verleiten. Der Sergeant Kunde kam wegen Mißhandlung Untergebener in vier Fällen, vorschriftsmäßiger Behandlung in sieben Fällen und Unterlassung einer dienstlichen Meldung mit 4 Wochen mittleren Arrests davon. Der Gefreite der Reserve Verginski aus Müssen wurde wegen gefährlicher Körperverletzung in 20 Fällen und Mißhandlung von Untergebenen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Husar, kürzlich mit 3 Monaten vorbestraft, erhielt wegen 31 weiterer Mißhandlungsfälle und Anmaßung einer Befehlsbefugnis in 9 Fällen eine Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefängnis.

Einschränkung der Redefreiheit im Reichstag. In der bürgerlichen Presse wird Stimmung dafür gemacht, gleich beim Zusammentritt des Reichstags die Beratungen zu kontingentieren. Man weist darauf hin, im Reichstage werde ohnedies zu viel geredet und es sei zu erwarten, daß im kommenden Winter in der Hauptsache nur Wahlreden gehalten würden. Es wird empfohlen, daß eine „zweite Rednergarnitur" nur bei besonders wichtigen Fragen zugelassen werden solle. — Es ist richtig, daß die bürgerlichen Parteien sehr häufig lediglich Wahlkreispolitik treiben; trotzdem muß der Versuch, die Redefreiheit im Reichstag einzuschränken, bekämpft werden.

Wirkung der bedingten Begnadigung. Eine anscheinend offiziöse Notiz der Scherspresse beschäftigt sich mit der Wirkung der bedingten Begnadigung auf die Rückfälle. Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß durch Vermittlung des Reichsjustizamts zwischen den einzelnen Bundesstaaten eine Einigung über die Grundsätze für die bedingte Verurteilung erzielt wurde. Von den zum erstenmal Verurteilten, die nur bedingt verurteilt worden sind, sind im Laufe der letzten drei Jahre 13 Prozent rückfällig geworden. In dem Falle des bedingten Strafaufschubs — also bei den Verurteilten, bei denen der Strafvollzug auf längere Zeit hinausgeschoben wurde und ganz unterblieben sollte, falls sie in dieser Zeit nicht wieder gegen die Gesetze verstoßen würden — betrug die Zahl der Rückfälligen, die infolgedessen auch die erste Strafe antreten mußten, 20 Prozent. Die bedingte Begnadigung hat demnach nicht zu einer Verminderung der Rückfälle beigetragen. Es kann aber auch nicht behauptet werden, daß etwa die Zahl der Vergehen gewachsen sei, seitdem die bedingte Begnadigung besteht. Als Erfolg wird es jedenfalls betrachtet, daß in Vierfünfteln aller Fälle die Betroffenen vor der Freiheitsstrafe und den damit verbundenen Nachteilen bewahrt worden sind.

Der Zentrumsabgeordnete Peter Spahn, der bisher als Präsident des Oberlandesgerichtes in Kiel wirkte, ist in gleicher Eigenschaft an das Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. versetzt worden.

Ein glückliches Land. Der Provinzialrat des Fürstentums Lübeck beschloß infolge der günstigen Finanzlage im Jahre 1911 nur 75 Proz. Einkommen- und Vermögenssteuer zu erheben.

Diamantensorge.

Die Lüderitzbuchter Zeitung bestreitet die Richtigkeit der Behauptung des Windhuker Blattes, daß die Diamantendiebstähle in Südwestafrika bis zu 40 Proz. betragen. Sie wendet sich mit scharfen Worten gegen ein von den Windhuker Nachrichten bekanntgegebenes Projekt der Zollbehörde, nach dem ein mit Schnellfeuergeschütz ausgerüsteter Zollkutter zur Ueberwachung der Küsten eingestellt werden soll, um dem Schmuggel mit gemausten Diamanten möglichst Abbruch zu tun. Ein derartiges Fahrzeug würde etwa 200 000 M. kosten und dabei wenig ausrichten können. Schließlich kommt aber auch die Lüderitzbuchter Zeitung zu der Forderung, daß eine größere Summe zur Verstärkung des Ueberwachungsdienstes nötig sei, und fordert eine reichliche Dotierung des Fonds der Geheimpolizei.

Kleine politische Nachrichten. Der Bischof von Jaca bekämpfte im spanischen Senat das Gesetz Radinas und beklagte sich darüber, daß die Regierung die Ordensgeistlichen ohne Schutz gegen die Angriffe aller Art lasse. Demgegenüber erklärte Senator Roselle, das Gesetz treffe nur die notwendigen Maßnahmen; es bedeute keinen Angriff auf den katholischen Glauben. — Der frühere Polizeimeistergehilfe von Jekaterinodar, Golowko, der wegen Ermordung dreier politischer Gefangener vom Gericht zum Tode verurteilt wurde, ist vom Hauptkommandierenden der Truppen zu 2 Jahren Festungshaft begnadigt worden. Ein anderer Ausgang war in Rußland nicht zu erwarten. — Wie die Blätter melden, hat eine kleine Gruppe uruguanischer Aufständischer sich eines uruguanischen Gebietsstreifens an der brasilianischen Grenze bemächtigt. Reisende, die aus Montevideo kommen, versichern, daß mehrere Offiziere die im Verdachte stehen die revolutionäre Bewegung zu begünstigen festgenommen worden sind. Die Regierung von Uruguay hat alle Vorkehrungen ergriffen um die Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten. Die argentinische Regierung hat Bestimmungen getroffen die Neutralität ihres Gebietes zu sichern. Die argentinischen Behörden haben gleiche für die Revolutionäre in Uruguay bestimmte Waffen beschlagnahmt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Es wird weiter gerüstet!

Wien, 27. Oktober. Der Ausschuß der österreichischen Delegation für das Auswärtige und die Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina genehmigte den Bericht des Referenten Marquis Bacquehem über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen.

Der Ausschuß beschäftigte sich im weiteren Verlauf der Sitzung mit der Resolution des Delegierten Seitz (Soz.) worin die Regierung aufgefordert wird mit der italienischen Regierung Verhandlungen über die beiderseitige Einstellung der Flottenrüstungen einzuleiten. Freiher v. Schwegel betonte eine derartige Abmachung zwischen zwei Staaten sei nur in Uebereinstimmung mit einem allgemeinen Vorgehen aller Staaten möglich. Gerade die handelspolitischen Interessen Oesterreichs erheischten eine maritime Kräftigung. Es könne sich also nicht darum handeln, den von Seitz angeregten Beschluß zu fassen, sondern es genüge wenn der Berichterstatter, ohne daß durch eine unerwünschte Ablehnung des Antrags eine mißverständliche Auffassung hervorgerufen werde, bei der mündlichen Begründung der Anträge der Ueberzeugung des Ausschusses in entsprechender Weise Rechnung trage. Diese Ueberzeugung gehe dahin, daß die Regierung Oesterreich Ungarns bei jedem vorkommenden Anlaß in Verhandlungen über eine derartige Abrüstung eintreten werde oder solchen Verhandlungen die zum Zwecke der Verminderung der schweren Lasten, die die Monarchie ohnehin zu tragen habe, angeregt würden, mit aufrichtiger Sympathie entgegenkommen werde. Dr. Renner hielt gegenüber den Vorschlägen v. Schwegels den sozialdemokratischen Antrag aufrecht. Wir müssen erklärte Redner, gegen das Bestreben protestieren Oesterreich in einen Wettbewerb der Seerüstungen mit Italien zu stürzen. Diese Seerüstungen, noch dazu gegen einen Bundesgenossen, scheinen willkürlich und herausfordernd. Wir verlangen eine Verständigung mit Italien und eine fortschreitende Abrüstung in der Adria. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, ein Antrag im Sinne der Ausführungen Schwegels angenommen.

Obstruktion im böhmischen Landtage.

Brünn, 27. Oktober. Die Obstruktion der deutschen und der sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die von den tschechischen Parteien eingebrachten Steuervorlagen hat heute abend eingesetzt. Die Sitzung dauert um 10½ Uhr noch fort.

Brünn 28. Oktober. Die Obstruktion im Landtage dauert fort. Wie verlautet, soll die Sitzung zur Ueberwindung der Obstruktion bis zum Sonntag fortgesetzt werden.

Frankreich.

Die Streikinterpellation.

Paris, 27. Oktober. In der Deputiertenkammer wurde die Besprechung der Interpellationen über den Eisenbahnerstreik fortgesetzt. Rognon (Sozialist) kritisierte die Verhaftungen und die Verwendung des Heeres bei dem letzten Ausstande. Castelin (unabhängiger Radikaler) verlangte die Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts und bat die Regierung, nicht unbarmherzig zu sein gegen Eisenbahnarbeiter, die ein Recht ungeschickt angewendet hätten, das man erst lernen müsse. Minister der öffentlichen Arbeiten, Millerand, wies den der Regierung und dem Parlament gemachten Vorwurf der Sorglosigkeit zurück, durch den man den Streik entschuldigen möchte. Millerand erklärte, der Streik sei ausgebrochen, während man sich mitten in Unterhandlungen befand, und habe begonnen, nachdem am Tage zuvor die Nordbahngesellschaft auf dem Depot Lachapelle einen Minimallohn von 5 Frank bewilligt und der Minister alle von ihm den Angestellten der Staatsbahn gegebenen Versprechen gehalten habe. Die Regierung habe sich von Anfang an einem wohl ausgearbeiteten Sabotageplane gegenüber gesehen. Millerand verlas sodann eine Broschüre, in der die Eisenbahner aufgefordert werden, Gruppen zu bilden, die entschlossen seien, sofort nach Ausbruch des Streiks das Eisenbahnmaterial für mehrere Tage unbrauchbar zu machen. Die Broschüre sei von einem Mitglied des nationalen Eisenbahnsyndikats unterzeichnet. Keiner der angeführten Gründe rechtfertige den Streik. Er sei der Versuch zu einer Mobilmachung der Eisenbahner für den politischen Streik gewesen. Der Minister schloß, nachdem er auf die Besserung der Lage der Eisenbahner hingewiesen hatte, mit der Erklärung, die Regierung könne nach Briands und seinen Worten das Urteil der Kammer abwarten. Boudert (unifiz. Soz.) griff Briand, der einst selber zugunsten des Generalstreiks gesprochen, heftig an. Briand erwiderte, er habe das Bewußtsein, immer der Republik und den Arbeitern gedient zu haben. Boudert deutete im Verlaufe weiterer Ausführungen an, die Bomben könnten auf Befehl Briands von der Polizei gelegt worden sein. Vincent (radik. Soz.) legte sodann Verwahrung gegen die Entlassungen ein. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Griechenland.

Vor den Neuwahlen.

Athen, 27. Oktober. Der Premierminister Venizelos erklärte in einer Unterredung, daß nach den bei der Regierung einlaufenden Nachrichten die Auflösung des doppelten Parlaments in allen Teilen des Landes mit Genugtuung aufgenommen worden sei. Er hoffe daher, daß die Regierung bei den Neuwahlen eine starke Majorität erzielen werde und also ihr Programm werde durchführen können. Schließlich betonte Venizelos, daß die Harmonie zwischen Krone und der öffentlichen Meinung über den Reformkampf die siegreiche Durchführung dieses Kampfes garantiere.

Die Führer und Abgeordneten der alten Parteien, sowie die Anhänger der Konstituante hielten Beratungen über die bevorstehenden Neuwahlen ab. Verbindliche Beschlüsse, an die sich Aufrufe an das Volk und Proteste anschließen werden, wurden nicht gefaßt, stehen aber baldigst bevor. Ruhestörungen sind wenigstens einstweilen nicht zu erwarten. Der Plan der konstitutionellen Abgeordneten, trotz der Auflösung der Nationalversammlung weiter zu tagen, ist definitiv aufgegeben worden, da die Regierung erklärte, daß sie alle Teilnehmer als Aufrührer verhaften lassen werde. Das Parlamentsgebäude wird militärisch bewacht. Im Heer und Offizierkorps herrscht vollständige Ruhe. 60 Anhänger von Theotokis verpflichteten sich durch Unterschrift, bei den nächsten Wahlen nicht zu kandidieren. Die Rallisten und Mavromichalisten haben gleichfalls ein Protokoll unterzeichnet, durch das sie sich verpflichten, bei den bevorstehenden Wahlen nicht zu kandidieren.

Spanien.

Neue Kämpfe.

Madrid, 27. Oktober. Aus Katalonien kommen wieder Streikmeldungen. In Sabadell dauert der Streik der Spinner und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101028/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG